

A n t w o r t

der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gabriele Wieland und Martin Brandl (CDU)
– Drucksache 17/7247 –

Digitalisierungskabinetts der rheinland-pfälzischen Landesregierung

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/7247** – vom 11. September 2018 hat folgenden Wortlaut:

Zu Beginn der Legislaturperiode gründete die Landesregierung ein Digitalisierungskabinetts, welches laut eigenen Angaben das Querschnittsthema Digitalisierung in allen Ressorts begleiten und aktiv gestalten sollte. Im vergangenen Jahr brachte das Kabinetts die „Digitale Strategie für Rheinland-Pfalz“ hervor, die seinen Gestaltungsrahmen definieren sollte. Die zwölf Punkte dieser Strategie befassen sich grob mit der digitalen Entwicklung von Wirtschaft, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Dabei werden wenige Initiativen konkret benannt.

Wir fragen die Landesregierung vor diesem Hintergrund:

1. Welche konkreten Resultate hat das Digitalisierungskabinetts in den vergangenen zwei Jahren erzielt?
2. Wie sieht der Zeitplan der Landesregierung zur Umsetzung der zwölf Punkte der Digitalen Strategie Rheinland-Pfalz aus?
3. Welche konkreten Punkte der Digitalen Strategie Rheinland-Pfalz wurden bis jetzt umgesetzt, und wie ist die Umsetzung erfolgt?
4. Welche Projekte stehen als nächstes im Arbeitsplan des Digitalisierungskabinetts an?
5. Wieviel zusätzliches Personal wurde für das Digitalisierungskabinetts eingestellt?
6. Wie hoch ist das Budget im Doppelhaushalt 2017/2018 für Digitalisierungsmaßnahmen, die im Zuge der Umsetzung von Initiativen des Digitalisierungskabinetts realisiert werden (unter Nennung des Gesamtbudgets und aufgeteilt nach Ressorts)?

Die **Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 2. Oktober 2018 wie folgt beantwortet:

Die Digitalisierung umfasst alle Lebensbereiche und ist ein Querschnittsthema, das die ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Landesregierung erfordert. Vor diesem Hintergrund hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer das bundesweit erste Digitalisierungskabinetts initiiert. Die erste Sitzung fand am 28. Juni 2016 statt. Das Digitalisierungskabinetts tagt seit dem Jahr 2016 bis zu drei Mal pro Jahr, teilweise finden auch gemeinsame Sitzungen mit dem Demografie-Kabinetts statt.

Zu Frage 1:

Das zentrale Ergebnis des Digitalisierungskabinetts ist die Erarbeitung und Umsetzung der „Strategie für das digitale Leben in Rheinland-Pfalz“, die am 24. April 2018 verabschiedet worden ist. Die Strategie ist unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entstanden. Sie bildet die Grundlage für die weiteren Schritte in die digitale Zukunft von Rheinland-Pfalz. Das Digitalisierungskabinetts hat mit dem Beschluss der „Strategie für das digitale Leben“ eine Grundlage gebildet, um Rheinland-Pfalz im Bereich der digitalen Möglichkeiten weiterzuentwickeln und durch die Umsetzung der darin beschriebenen Maßnahmen zukunftsfähig zu gestalten. Das Digitalisierungskabinetts hat ebenfalls entschieden, auch nach der Erarbeitung der Strategie mit den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog zu bleiben. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung am 8. August 2018 das erste Digitalforum Rheinland-Pfalz in Ludwigshafen veranstaltet. Dort wurden die Ziele, Maßnahmen und Projekte zur Strategie für das digitale Leben in einer ressortübergreifenden Veranstaltung vorgestellt. Es fanden Workshops zu Themen wie Cybersicherheit statt, und die Preisträgerinnen und Preisträger des Ideenwettbewerbs Ehrenamt 4.0 wurden ausgezeichnet. Nahezu alle rheinland-pfälzischen Ministerien sowie die nachgeordneten Behörden und weitere Partnerinnen und Partner waren vor Ort vertreten. Die Veranstaltung wird auch 2019 stattfinden und der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern fortgeführt.

Zu den Fragen 2 und 3:

Die „Strategie für das digitale Leben“ bildet die Grundlage für die weiteren Schritte in die digitale Zukunft von Rheinland-Pfalz. Bei den in der Frage angesprochenen zwölf Punkten handelt es sich um die zwölf Eckpunkte der Strategie. Diesen Eckpunkten sind

b. w.

keine Zeitpläne zur Umsetzung zugeordnet, sondern den jeweils zugeordneten Maßnahmen. Die jeweiligen Ministerien sind für die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen verantwortlich. Die Landesregierung wird die formulierten Ziele Schritt für Schritt mit den relevanten Akteuren durch die Kooperation mit Partnern im Land umsetzen.

Zu Frage 4:

Das Digitalisierungskabinett berät, beschließt und koordiniert Digitalisierungsthemen und entscheidet darüber hinaus über die Umsetzung und Fortentwicklung der „Strategie für das digitale Leben“. Der Tagesordnung des Digitalisierungskabinetts am 30. Oktober 2018 kann nicht vorgegriffen werden. Sie wird aktuell noch abgestimmt.

Zu Frage 5:

Das Digitalisierungskabinett wird durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 4 „Medien und Digitales“ der Staatskanzlei betreut. Zusätzliches Personal, ausschließlich für das Digitalisierungskabinett, wurde nicht eingestellt.

Zu Frage 6:

Wie bereits eingangs in der Antwort zu Frage 1 dargestellt, ist das wesentliche Ergebnis der Arbeit des Digitalisierungskabinetts die „Strategie für das digitale Leben“. Diese vom Digitalisierungskabinett verabschiedete Strategie formuliert zusammenfassend die Ziele der Landesregierung im Bereich der Digitalisierung. Im Rahmen der Strategie wurden – zum Teil vorhabenbezogen – qualitative Planungsentscheidungen getroffen, die nun projektbezogen umzusetzen sind. Zur Realisierung dieser Vorhaben sollen nach dem Willen der Landesregierung im Verlauf der Legislaturperiode Haushaltsmittel (Ausgaben, Verpflichtungsermächtigungen) in Höhe von mindestens 500 Mio. Euro bereitgestellt werden. Diese „top down“-Festlegung des Digitalisierungskabinetts war eine der Grundlagen für die Beratungen der Regierung zum Doppelhaushalt 2019/2020. Die finanzielle Feinplanung ist den jeweiligen Haushaltsplänen und damit dem Parlament überlassen. Dies entspricht der zentralen Funktion des Haushaltsplans als Instrument der Steuerung von Aufgaben und Finanzierung. Der Haushaltsplan 2017/2018 wurde am 24. März 2017 vom Landtag verabschiedet, folglich können für die in der mehr als ein Jahr später verabschiedeten Strategie dargestellten Projekte in zahlreichen Fällen nur Teilbeträge enthalten sein. Da die Strategie zukunftsbezogen ist, entfallen die in der Planung der Landesregierung vorgesehenen Haushaltsmittel schwerpunktmäßig auf die Haushaltsjahre 2019, 2020 und 2021. Für die einzelnen Projekte sind im Rahmen der Beratungen über den Haushaltsentwurf der Landesregierung für die Jahre 2019 und 2020 Planwerte festgelegt worden. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus dem Regierungsentwurf. Abschließende Aussagen zur rechtlich verbindlichen finanziellen Ausstattung der einzelnen Projekte, der Zusammensetzung des Gesamtbudgets und der Aufteilung nach Ressorts werden sich erst auf der Grundlage der Festlegungen des Landtages und der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes machen lassen.

Heike Raab
Staatssekretärin